



4500 Stimmen für kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige

PRESSEMITTEILUNG

23.10.2017

Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige.
Ergebnisse der Kampagne "Hier lebe ich, hier wähle ich"

Am Dienstag, den 24.10.17 findet die konstituierende Sitzung des neu gewählten 19. Bundestags statt. Etwa 7,5 Millionen Menschen, weit über 10% der volljährigen Bevölkerung in Deutschland, sind in diesem Bundestag nicht repräsentiert, da sie keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Rund 4,2 Millionen Menschen bleiben zudem auch künftig kommunal von der grundlegenden demokratischen Beteiligung – dem Wahlrecht – ausgeschlossen, da sie weder eine deutsche, noch eine andere EU-Staatsangehörigkeit haben.

Mit symbolischen Wahlen und öffentlichen Aktionen hat das bundesweite Netzwerk "wir wählen" einen Monat vor der Bundestagswahl die Themen „kommunales Wahlrecht“ und „politische Partizipation“ von Menschen mit Migrationsgeschichte auf die politische Agenda gesetzt.

Allein an den symbolischen Wahlen in 8 Städten - Nürnberg, Mannheim, Koblenz, Bamberg, Kempten, Rothenburg o. d. Tauber, Freiburg und Berlin - haben sich über 4.700 Menschen beteiligt. Dabei haben 2.182 deutsche Staatsangehörige bei einer Abstimmung für die Einführung des kommunalen Wahlrechts der sog. Drittstaatsangehörigen ausgesprochen – 90,9 % - während 204 dagegen stimmten.

Das offizielle Ergebnis der symbolischen Bundestagswahl basiert auf 1.882 gültigen Zweitstimmen, die in 44 Wahllokalen des Netzwerks von Bürger*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit abgegeben wurden:

+++ **CDU/CSU 25,0%** +++ **SPD 26,4%** +++ **Linke 25,6%** +++
Grüne 15,7% +++ **FDP 1,2%** +++ **AfD 0,7%** +++ **andere 5,4%**
+++

Eine Kampagne für mehr Partizipation und Demokratie
www.wir-wählen.org





Hier lebe ich
hier wähle ich

Weitere Initiativen der Kampagne waren Diskussionen mit kandidierenden Bundestagsabgeordneten – Weimar, Jena, Erfurt, Halle, Magdeburg, Dessau-Roßlau – ein Kampagnen-Video und T-Shirt-Aktion in Sachsen-Anhalt, Vorträge zum Umgang mit Rechtspopulismus in Gießen, Bad Vilbel, Dietzenbach und Wetzlar oder Diskussionen mit Migrantenorganisationen in Bernau und Eberswalde.

Das Wahlergebnis zeigt, dass die Stimmen der Bürger*innen ohne Wahlrecht zu 94% an die etablierten demokratischen Parteien gingen, die Volksparteien gleichauf sind und die Splitterpartei AfD im Bundestag nicht erwünscht ist.

Mit der Stimmabgabe brachten die Wahlberechtigten nicht nur ihren Willen für eine geeignete Regierung in Berlin zum Ausdruck, sondern vor allem den Wunsch, als vollwertige Bürger*innen angesehen zu werden, denen gleichberechtigt demokratische Grundrechte zustehen.

Die symbolisch Gewählten sind aufgefordert, diesen Auftrag ihrer Wähler*innen anzunehmen. Die hohe Beteiligung und klare Botschaft der bereits Wahlberechtigten, die sich mit 90 % für die Einführung des kommunalen Wahlrechts ausgesprochen haben, sollte ein weiterer Ansporn für die überfällige politische Integration sein.

Das Kampagnen-Netzwerk wird nicht locker lassen

Seit den 1960er Jahren gibt es Versuche, die politische Partizipation neuer Bürger*innen zumindest auf der kommunalen Ebene gleichberechtigt zu gestalten. Wurden entsprechende Gesetze z.B. der Bundesländer Schleswig-Holstein und Hamburg von 1989 vom Bundesverfassungsgericht 1990 noch gestoppt, änderten 1992 Bundestag und Bundesrat mit 2/3-Mehrheit das Grundgesetz und führten das aktive und passive Wahlrecht für EU-Staatsangehörige auf kommunaler Ebene ein.

Weder ist dadurch die deutsche Staatsangehörigkeit noch die kommunale Demokratie entwertet worden, vielmehr sind mehr Bürger*innen gleichberechtigt an der Bearbeitung ihrer Themen beteiligt.

Wir bedanken uns insbesondere bei allen Wähler*innen für ihr Demokratie-Votum, allen ehrenamtlichen Wahlhelfer*innen für ihr Engagement und allen, die unsere Kampagne unterstützt haben!





Hier lebe ich
hier wähle ich

Mehr Informationen zum Netzwerk „wir wählen“ sowie
download der Materialien:

Website: <http://wir-wählen.org>

auf Facebook:

<https://www.facebook.com/hierlebeichhierwähleich>

Bei Rückfragen, schreiben Sie uns:

Réka Lörincz, AGABY, reka.loerincz@agaby.de

Clemens Hauser, Freiburger Wahlkreis 100%,
wahlkreis100@aol.com

Christian Miess, Citizens for Europe,
miess@citizensforeurope.eu

Das Netzwerk

11 Bundesländer - Gemeinsam für Wahlrecht & politische
Partizipation

Zum Kampagnen-Netzwerk „wir wählen“ gehören
Migrant*innenvertretungen und -organisationen in
mehreren Bundesländern, Landes-Dachverbände der
Migrant*innen-Beiräte und Integrationsräte in Bayern -
AGABY, Baden-Württemberg - LAKA, Brandenburg - MIR,
Hessen - AGAH, Rheinland-Pfalz - AGARP, Niedersachsen -
NIR, das Landesnetzwerk der Migrantorganisationen in
Sachsen-Anhalt - LAMSA, in Thüringen - Migranetz
Thüringen, der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
(BZI), der Bundesverband Netzwerke von
Migrantorganisationen - NEMO, die Türkische Gemeinde
Deutschland - TGD, VERDI-Migrationsausschuss in
Mittelfranken + Bayern, Citizens for Europe (CFE), Jede
Stimme Berlin, der Freiburger Wahlkreis 100%,
Migrantenrat der Stadt Rostock (ABRO).

Integrationsbeauftragte Berlin Mitte, Migrantenbeirat
der Stadt Leipzig, Kurdistan Kultur- und Hilfsverein,
Bürgerrechtsorganisation Humanistische Union, Verein
für afrikanisch-europäische Verständigung (AFROPA) in
Dresden, Stadtteilverein Schöneberg in Berlin und Der
Zeitgeist Shareity in Ludwigshafen.

